

„Abschied von der Arbeiterbewegung“ - Ein international vergleichbares Phänomen in nachindustriellen Gesellschaften?*

Prof. Dr. Helga Grebing, geb. 1930 in Berlin, ist Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Göttingen.

I.

Die Fragestellung für den Vortrag könnte den Eindruck erwecken, als sei bereits von der Arbeiterbewegung Abschied genommen. Entgegen diesem Eindruck soll jedoch erst einmal ermittelt werden, ob die Rede vom „Ende der Arbeiterbewegung“ in ihrer klassischen Gestalt als gesellschaftsumgestaltende Kraft überhaupt einen realen Grund hat. Komplementär dazu stellt sich die Frage, ob die Kennzeichnung der kapitalistischen Gesellschaften als nach-industriell und der Emanzipationsbewegungen als nach-sozialistisch (weil Sozialismus nur im Kontext des industriellen Kapitalismus existieren kann) analytisch tragfähig ist.

* Geringfügig überarbeiteter Vortrag, gehalten auf der Jahreshauptversammlung des Vereins zur Förderung der Erforschung der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung e. V. am 23.10.1986 in der Ruhr-Universität Bochum. — Ausgewertet wurde eine Fülle von Literatur, von der im folgenden nur diejenigen Titel angegeben werden, die die Thesenführung im besonderen Maß bestimmt haben, sowie weitere Zeitungs- und Zeitschriftenartikel. Auf Einzelbelege wurde im Interesse erhöhter Lesbarkeit verzichtet. Detlev Albers, Franco Andreucci (Hrsg.): Der Weg der Arbeiterbewegung nach 1917. Zur sozialistischen Theorie in der Zwischenkriegszeit. Frankfurt a. M. 1985 (Campus). - Peter Glotz: Manifest für eine europäische Linke. Berlin 1985. - Wolfgang Lecher: Gewerkschaften im Europa der Krise, Köln 1981. - Detlev Albers u. a. (Hrsg.): Westeuropäische Gewerkschaften. Krisenbewältigung im Vergleich = Sonderband Nr. 85 der Zeitschrift „Das Argument“. Berlin 1982. - Helga Grebing: Abschaffung oder Zukunft der Arbeit - ohne Arbeiterbewegung?, in: Dies.: Arbeiterbewegung und politische Moral. Göttingen 1985 (hier auch die strategisch-politische Zuspitzung der Thesen von Horst Kern und Michael Schumann in: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München 1984). - Clemens A. Wurm: Die Gewerkschaften in der französischen Politik, in: Politische Vierteljahresschrift 25, 1984. - Peter Jansen, Leo Kießler u. a.: Gewerkschaften in Frankreich. Geschichte, Organisation, Programmatik, Frankfurt a. M. 1986. - Claus Leggewie: Realer Sozialismus im Westen? Sozialistische und Kommunistische Partei Frankreichs. Geschichte, Ideologie, Soziologie, in: Politische Vierteljahresschrift-Literatur, H. 1 und 2 1983. - Ders.: Der französische Reformblock aus Sozialistischer Partei, Linksgewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen, in: Prokla, H. 54, 1984. - Ders.: Modernisierung und Sozialismus - Schlußfolgerungen aus dem französischen Lehrstück 1981-1986, in: Leviathan, H. 2, 1986. - Ders.: Der König ist nackt. Ein Versuch, die Ära Mitterrand zu verstehen. Hamburg 1986. - Walter Bernecker: Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg. München 1986. - R. Valdueza:

Aufschlußreich wäre es schon, könnte festgestellt werden, daß in gerade noch oder schon nicht mehr industriekapitalistischen Ländern die aus dem 19. Jahrhundert unterschiedlich herausgewachsenen und typisch geprägten emanzipatorischen Arbeiterbewegungen auf die gleiche oder eine ähnliche Weise am Ende ihrer historischen Strecke angelangt sind. Aufschlußreich deshalb, weil sich daraus allgemeine Konsequenzen für politische Veränderungs- oder Erhaltensstrategien ergeben könnten. Wenn der Abschied von der alten Arbeiterbewegung anstünde, dann wäre dies von fundamentaler Bedeutung für den emanzipatorisch-aufklärerischen Entwurf sozialen Daseins. Man müßte dann nämlich danach fragen, wie sich im Rahmen entwickelter kapitalistischer Gesellschaften die Existenz einer neuen „Neuen Linken“ begründen ließe.

II.

Beispiel: Frankreich

Ich beginne mit Frankreich, weil die Rückständigkeit des französischen Kapitalismus bis in die vierziger Jahre unseres Jahrhunderts im Vergleich mit Deutschland ein guter Nährboden für einen zeitweise besonders erfolgreichen Arbeiterradikalismus gewesen ist. Und dies, obwohl die klein- bis mittelbetriebliche Struktur der kapitalistischen Produktionsweise, der Mangel an urbaner Konzentration, das, was man die parzellierte Struktur des französischen Kapitalismus genannt hat, die Formierung eines Klassenbewußtseins in der Arbeiterschaft hinausgezögert hat und eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung bis heute nicht entstanden ist.

Nun war es gerade die Leistung der französischen Sozialisten nach 1981, den schon lange überfälligen Modernisierungsprozeß des Kapitalismus in Frankreich angesichts der amerikanischen und der japanischen Herausforderung in Gang gebracht zu haben, um die technologischen Lücken zu überbrücken.

Die spanische Gewerkschaftsbewegung unter Franco. München 1983. - Ignacio Sotelo: Von der Franco-Diktatur zu einer sozialistischen Regierung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 8, 1983. - Patrick Camiller: Spanish Socialism in the Atlantic Order, in: New Left Review, H. 156, 1986. - Detlev Albers: Demokratie und Sozialismus in Italien. Frankfurt, New York 1978. - Bruno Trentin: Arbeiterdemokratie. Hamburg 1978. - Ders.: Die andere Gewerkschaft. Hamburg 1982. - Mario Regini: Der italienische Weg zu einem Sozialvertrag, in: Prokla, H. 54, 1984. - Rolf Uessler: Weder Blaumann noch weißer Kragen. Lage und Perspektive des gewerkschaftlichen Kampfes in Italien, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 3, 1986. - Herbert Döring: Die sozialdemokratisch-liberale Allianz: Strukturprobleme des Parteienwettbewerbs in Großbritannien, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 24, 1983. - Richard Hyman: Die Krankheit der britischen Gewerkschaftsbewegung: Gibt es ein Heilmittel?, in: Prokla, H. 54, 1984. - Karlheinz Dürr: Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 26, 1985. - Dick Geary: Arbeiterkultur in Deutschland und Großbritannien im Vergleich, in: Dietmar Petzina (Hrsg.): Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung. Essen 1986. - Werner Sombart: Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Tübingen 1906. - Charles R. Foster: Warum gibt es in den USA keine koordinierte Industriepolitik?, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 26, 1985. - Rainer Erd: Die amerikanischen Gewerkschaften im New Deal 1933-1937. Frankfurt a. M. 1986. - Peter Lösche: Amerikanische Arbeiterbewegung. Historischer Typus und gegenwärtige Krise, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7, 1986. - Anders Kjellberg: Radikalisierung oder Japanisierung. Die Entwicklung des schwedischen Modells industrieller Beziehungen in den 80er Jahren, in: Prokla, H. 54, 1984. - Jürgen Hoffmann: „Amerikanisierung“ der deutschen Gewerkschaftsbewegung?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7, 1984.

Diese technologisch-ökonomisch orientierte Modernisierungspolitik wurde gewissermaßen antizyklisch flankiert von einem kulturellen Anti-Amerikanismus und einem gepflegten Provinzialismus. Das Ergebnis kennen wir: Der linkskeynesianische Galopp der französischen Sozialisten scheiterte, die Kompromißbereitschaft gegenüber dem Kapital und seinen Verbänden wuchs, und die in das Regierungsbündnis einbezogenen Gewerkschaften wurden wieder ausgegrenzt.

Die französische Sozialistische Partei, die viele Entwicklungsstadien in ihrer Geschichte durchgemacht hat, war eines nie: eine Arbeiterpartei, sieht man von ein paar starken Bastionen in den proletarischen Regionen Nord- und Südfrankreichs ab (Pierre Mauroy und Gaston Lefere repräsentieren sie) und vielleicht auch noch vom Umfeld von Paris. Sie war immer und ist es noch deutlicher geworden: eine Lehrer- und Intellektuellenpartei, eine Partei des kleinen Bürgertums und des öffentlichen Dienstes (also das, was die SPD auch bald oder sogar schon ist); unter den Arbeitern gehören ihr Leute aus den klassischen Handwerken und eher Meister und Vor- bzw. Facharbeiter denn ungelernete Arbeiter an. Man bezeichnet die Sozialistische Partei heute als „interklassistische Volkspartei“, die mit 150 000 Mitgliedern (davon sind 30 000 Mandatsträger) die Erbschaft des republikanischen Radikalismus angetreten hat.

Nach wie vor gibt es in der Partei sogenannte Tendenzen, die aber mehr bedeuten als bei uns Fraktionen oder Flügel; sie sind der pluralistische Ausdruck verschiedener historischer Strömungen, die in der heutigen Sozialistischen Partei zusammengefloßen sind: Tendenz A, verkörpert durch Mitterrand, d. h. die humanistische Tradition von Jean Jaures und Leon Blum, verbunden mit einem modernen keynesianisch beeinflussten Konzept der Wirtschaftsplanung; Tendenz B, d. h. mit Mauroy die Tradition des sehr reformistischen Munizipalsozialismus umfassend; Tendenz C um Michel Rocard, der der stärkste Wortführer einer Demokratisierung der Wirtschaftsprozesse als Grundlage einer Modernisierung der kapitalistischen Industriestruktur ist, allerdings auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien; Tendenz D, das ist der CERES-Flügel, die äußerste Linke, die die revolutionäre Perspektive des schrittweisen Bruches mit dem Kapitalismus beibehält und allen Versuchen der „Sozialdemokratisierung“ im Bündnis mit der KPF widerstehen will. Ob aus diesen Haupt-Tendenzen ein „Sozialismus vom dritten Typ“ entstehen kann, mag man inzwischen bezweifeln; aber man muß wissen, daß die Sozialistische Partei heute in ihrer Klientel als „links“ und „vorn“ gilt (was vor allem im Unterschied zur KPF gesagt wird) und daß sie nicht so große Konkurrenz und Profilierungsdruck auszuhalten hat wie die SPD durch die neuen sozialen Bewegungen und die Grünen.

Die Kommunistische Partei (KPF) ist keine Konkurrenz mehr für die Sozialisten; durch ihren Zickzack-Kurs zwischen Stalinismus, Euro-Kommunismus und Neo-Stalinismus unter Ausgrenzung ganzer Kohorten von Parteiintellektuellen (die nun in besonders militanter Weise antikommunistisch agitieren)

hat sie sich selbst ins Abseits geschoben. Von ihrer angestammten Klientel verschwinden die industriellen Arbeiter durch die Umschichtungen im Produktionsprozeß, und die petite bourgeoisie driftet nach rechts zu Jean-Marie Le Pen ab. Man mag es nicht glauben, aber es ist so: Die KPF „steht vor dem Ausverkauf“; ihre „linksradikale Strategie kann leicht in einen poujadistischen Extremismus abgleiten. Einmal bei diesem Bodensatz angelangt, hegt es nicht mehr fern, in ihr eine französische Rechtspartei zu sehen.. „¹

Die historisch begründet gespaltenen Gewerkschaften - unter ihnen sind die drei größten die CGT mit 2 Millionen Mitgliedern kommunistisch, die CFDT mit knapp 1 Million Mitgliedern sozialistisch und die CGT-FO mit über 1 Million Mitgliedern reformistisch - sind alle ohne Einschränkung organisatorisch schwach, haben in den Betrieben keine Basis, verlieren die alten Arbeitergruppen und ergänzen sie nicht durch neue Beschäftigungsgruppen; mit ca. 20 Prozent hegt inzwischen der Organisationsgrad weit unter dem europäischen Niveau und nähert sich dem in den USA. In diesen organisatorischen Legitimationsverlusten spiegelt sich die zunehmende Segmentierung auch der französischen Arbeiterschaft in Stamm- und Randbelegschaften, Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose. Die Klientel der Gewerkschaften will keine klassenkämpferischen Organisationen mehr (und keinen Streik als alleiniges Kampfmittel), sondern Versicherungsvereine für Besitzstandswahrung (wie in der Bundesrepublik).

Diesem Phänomen stehen die französischen Gewerkschaften noch relativ unvorbereitet gegenüber. Einzig die sozialistische Gewerkschaft proklamiert eine betriebsbezogene Politik und spricht von „Verbetrieblichung“ der gewerkschaftlichen Arbeit; gleichzeitig tritt sie für eine Kooperation mit dem unternehmerischen Management ein, und es ist die Frage, wessen Vorstellungen sich jeweils durchsetzen (oder auch keine!).

Anders als wir es aus der deutschen Geschichte kennen, sind in Frankreich die Gewerkschaften keine politische Verbindung mit einer oder mehreren Parteien eingegangen, sieht man von der Abhängigkeit der CGT von der Kommunistischen Partei ab. Diese Abstinenz entspricht der Tradition des französischen Syndikalismus, der ein hohes Maß an Autonomie der Arbeiterschaft gegenüber der politischen Sphäre zur Tradition hatte. In dieser Haltung steckte immer ein Widerspruch, denn die Gewerkschaften haben wegen ihrer geringen organisatorischen Durchschlagskraft gegenüber der Unternehmermacht oft genug selbst die politische Aktionsebene, z. T. an den Parteien vorbei, gesucht und wurden nicht selten von den Massen dazu unter Druck gesetzt. Obwohl sich die Elemente des Sozial- und Interventionsstaates in Frankreich vergleichsweise zu Deutschland und selbst zu England spät durchgesetzt haben, ist der Staat inzwischen im Bereich der Arbeitsbeziehungen permanent gegenwärtig, als Arbeitgeber, Gesetzgeber und Schlichter. Bis in die letzten Jahre sind die sozialpolitischen Errungenschaften immer Ergebnis staatlichen Handelns, nicht gewerkschaftlichen Kampfes gewesen.

¹ Claus Leggewie, Der König ist nackt, a. a. O., S. 78.

Das fast mythisch verehrte alte Arbeiterklassenmilieu in Frankreich ist inzwischen fast verschwunden; das revolutionäre Subjekt „Arbeiterklasse“ ist ohnmächtiger denn je. Es gibt keinen Weg zurück zum legendären französischen Arbeiterradikalismus, den sich einst die KPF auf ihre Fahnen schreiben konnte in der Tradition des Jakobinismus. Was bleibt eigentlich, wenn man auch noch die „brillante Wirkungslosigkeit“ der Post-Sozialisten Gorz, Tourraine und Rosanvallon zu konstatieren hat und weiß, daß die die Wähler am meisten ansprechende Tendenz C der Sozialistischen Partei, die Rocardisten mit ihrem anti-etatistischen und anti-zentralistischen Denken, sich gerade gespalten hat und es nun auch eine Neben-Tendenz der Neo-Rocardisten gibt? Was bleibt da eigentlich anders als Abschied zu nehmen von der Vorstellung einer französischen Arbeiterbewegung, die noch emanzipatorische Kraft besitzt?

Beispiel: Spanien

Vielleicht hat die spanische und die portugiesische Arbeiterbewegung aus der Gunst der Stunde des Neuanfangs mehr gemacht? Das francistische Regime hatte die alten Gewerkschaften der Anarchisten (CNT) und der Sozialisten (UGT) vollständig zerschlagen. Die während des industriellen Modernisierungsprozesses in der letzten Phase des Franco-Regimes zwischen 1958 und 1962 überall im Lande entstandenen Arbeiterkommissionen - Räte auf betrieblicher Ebene - wurden bald von den Kommunisten dominiert, die vor 1936 keine gewerkschaftliche Verankerung besessen hatten. Harten Verfolgungen ausgesetzt, wurden die Arbeiterkommissionen zum Symbol des Widerstandes gegen Franco, was ihre zunächst herausragende Stellung in der neuen spanischen Demokratie und innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung erklärte. Die wiedergegründete UGT, die sich nach westlichem Muster organisierte und sich später auch zur Mitwirkung in einer Art Konzertierten Aktion bereit erklärte, stand zunächst ganz im Schatten der Arbeiterkommissionen. Doch gelang es ihr, parallel zum Aufschwung der Sozialistischen Partei, bis 1982 die kommunistischen Rivalen zu überflügeln. An eine Einheitsgewerkschaft war unter diesen Bedingungen nicht zu denken, zumal die UGT eine enge Verbindung zur Sozialistischen Partei einging.

Dieses Bündnis ist inzwischen zerbrochen; die Politik der sozialistischen Regierung gegenüber den Unternehmern, das NATO-Referendum und vor allem das mit der industriellen Modernisierung verbundene Ansteigen der Arbeitslosigkeit (1976 4,9 Prozent, 1985 22 Prozent, zum überwiegenden Teil Jugendliche) hat dazu geführt, daß sich die sozialistische Gewerkschaft von der Sozialistischen Partei an der Regierung verraten sieht. Dieser Konfrontationskurs hat nichts daran geändert, daß die Mitgliederzahlen der Gewerkschaft rapide zurückgehen. Bevor man aber die Rolle der Sozialistischen Partei kritisch zu bewerten versucht, sollte man sich klar machen, warum der Übergang zur Demokratie in Spanien gelang, obwohl bis heute das Militär einen Machtfaktor darstellt, wie er sonst nur für Übergangsgesellschaften

bekannt ist. Die Gründe sind die folgenden: *Erstens* wurde die unter Franco begonnene Transformation der Gesellschaft aus einer agrarischen in eine kapitalistisch-industrielle dynamisch zu Ende geführt; *zweitens* spielte die Unterstützung des Übergangs zur Demokratie von außen, sprich: von den westlichen Industrienationen, eine große Rolle; *drittens* setzten die dynamischen Sektoren des spanischen Kapitals auf die Demokratie.

Vor diesem Hintergrund definierte sich die Sozialistische Partei unter Führung von Felipe Gonzalez als Mitte-Links-Bewegung mit solchem Erfolg, daß sie als Führungskraft im Prozeß der industriellen Dynamisierung und politischen Demokratisierung in Spanien nun schon zum zweiten Mal bestätigt worden ist. Die Traditionen des spanischen Sozialismus sind dabei fast völlig über Bord gegangen, schneller und gründlicher als in der SPD vor bzw. nach Godesberg. Der PSOE bezeichnet sich heute als eine demokratisch-föderalistische Klassen- und Massenpartei, die den Marxismus nur noch als „theoretisches, kritisches und nicht-dogmatisches Instrument zur Analyse und zur Umwandlung der gesellschaftlichen Realität“ akzeptiert.

Auch die Kommunisten haben unter der Führerschaft von Carillo versucht, sich mit der Herausstellung ihrer eurokommunistischen Position ein neues Gesicht zu geben. Sie sind damit mehr noch als die französischen Kommunisten gescheitert und zu einer politischen Randgruppe abgesunken, die sich nach Carillos Rücktritt vom Parteivorsitz neostalinistisch abriegelt.

In Spanien wird unter den Linken die Frage diskutiert, ob die Sozialistische Partei mit ihrer Eindämmung der radikalen Traditionen, dem Verzicht auf die Gewinnung der noch vorhandenen Teile des „naturgemäßen“ Wählerpotentials und mit der Beschwörung der „Versöhnung“ aller Schichten des Volkes, d. h. mit dem Zuschütten der Bürgerkriegsgräben, nicht einen historischen Fehler begehe angesichts der notorischen politischen Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Mitte. Dies schien auch mir einzuleuchten, bis mich Max Diamant, ein alter sozialistischer Spanienkämpfer, in einem Interview in der „tageszeitung“ eines Besseren belehrte: Befragt, was er von der Propagierung der „Versöhnung über den Gräbern“ halte, antwortete er, daß er diese Versöhnungsstrategie „als eine vorausschauende und präventive politische Strategie zur Verhinderung von neuen Abenteuern (halte), die in der spanischen und lateinamerikanischen Tradition so geläufig sind“.

Beispiel: Portugal

In Portugal ist nichts so geworden, wie es sich die unblutigen Revolutionäre von 1974 gedacht haben: Die Armen sind arm geblieben und womöglich noch ärmer geworden, die Sozialisten sind mit ihrer Modernisierungspolitik auf sozialistisch gescheitert und ihre gerade vollzogene Godesbergianisierung bringt ihnen wahrscheinlich kaum ein anderes Standbein. Die Kommunisten sind vor-neo-stalinistisch versteinert und gesellschaftlich-politisch marginalisiert. Aber auch die kapitalistischen Modernisierer sind enttäuscht: Portugal,

dieses negative Mirakel, wie es Hans Magnus Enzensberger genannt hat, widersteht wie so vielem Modernen auch der kapitalistischen Rationalität.

Beispiel: Italien

Blicken wir lieber nach Italien. Während in Frankreich und in Spanien die sozialistischen Parteien des nachindustriellen Modernisierungsprozesses weitgehend die Ursprungsprägungen, aus denen sie sich historisch herleiten, abgestoßen haben, die Gewerkschaften durch den sozioökonomischen Strukturwandel in eine Phase der Orientierungslosigkeit und Stagnation geraten sind und die kommunistischen Parteien zur Bedeutungslosigkeit herabzusinken scheinen, gingen diesmal in Italien die Uhren anders.

Auf den ersten Blick erscheint Italien als ein Land, in dem der Übergang in den Kapitalismus womöglich noch zögerlicher verlief als in Frankreich. Tatsächlich erfolgte die ursprüngliche Akkumulation, der Übergang in die kapitalistische Produktionsweise, in Italien wie in England (im Unterschied zu Deutschland) sehr früh, aber auch sehr langsam aus der Landwirtschaft heraus. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts stand in Norditalien mit den durch die Durchkapitalisierung der Landwirtschaft erwirtschafteten Profiten das industrielle Startkapital zur Verfügung, und der Übergang in den industriellen Kapitalismus als dominante Produktionsform vollzog sich erst in den letzten fünf Jahrzehnten unseres Jahrhunderts in einem schnellen Tempo. Dieser italienische Weg zum industriellen Kapitalismus hat die italienische Arbeiterklasse in spezifischer Weise geprägt: Einmal blieb ein starkes Landproletariat lange anarchistisch dominiert und zeichnete sich durch autonom organisierte Streiks aus; zum zweiten zeigte die aus dem Lande unmittelbar in die Industrie vertriebene Arbeiterschaft (erst aus dem regionalen Umland, dann nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Süden des Landes) einen besonders hohen Grad an Militanz.

Daß neben den industriellen Ballungszentren im Norden mit Mailand und Turin viel Klein- und Mittelindustrie mit einem großen Heimarbeiterinnen-Anteil erhalten blieb, lag an der Tendenz der staatlichen Industriepolitik, die - das negative Vorbild Englands vor Augen - eine forcierte großindustrielle Entwicklung vermeiden wollte, um die Entstehung eines politisch gefährlichen Industrieproletariats zu verhindern. Diese gemischt-gewerbliche Struktur ermöglichte Italien im letzten Jahrzehnt den schnellen Einstieg in die nachindustriellen Produktionsformen und den Ausbau des Dienstleistungssektors. Heute werden die industriellen Ballungszentren gezielt ab- und dezentrale Produktionsstrukturen aufgebaut. Von den 95 Provinzen Italiens haben nur noch zwei einen Konzern als Arbeitgeber. Über 50 Prozent der Lohnabhängigen arbeiten in Unternehmen mit weniger als 20 Arbeitskräften, und diese Unternehmen erwirtschaften 30 Prozent des italienischen Exportes; fast 56 Prozent der Erwerbstätigen sind (bei übrigens 12 Prozent Arbeitslosen) im tertiären Sektor tätig.

Daraus folgt, daß es auch in Italien keine lineare Polarisierung der Klassen und Schichten mehr geben kann und nicht mehr mit dem mit revolutionären Erwartungen belegten Massenarbeiter, der eine Art realer Gesamtarbeiter darstellt, gerechnet werden kann. Auch in Italien finden wir eine segmentierte Arbeiterschaft, die sich wie auch in anderen durchkapitalisierten Ländern, in die, die drin, und die, die draußen sind, spaltet. Für Italien hat dies ein besonderes Gewicht, da die Besitzstandswahrung hier stärker ausgebaut ist als in jedem anderen kapitalistischen Land - jedenfalls, was Reallöhne und Arbeitsplatzsicherung angeht. Der Rückzug dieser segmentierten Arbeiterschaft in die Privatheit führt dazu, daß die Formen der Unterdrückung und Ungleichheit in der Reproduktion des gesellschaftlichen Systems nicht mehr kollektiv wahrgenommen werden. Die Organisationen der Arbeiterbewegung müssen sich fragen lassen, ob sie in ihrer bisherigen Existenz noch werden weiterleben können, zumal die „neuen Arbeiter“ sich bereits in Berufsverbänden oder autonomen Gewerkschaften abzukoppeln beginnen.

Was bis hierhin gesagt worden ist, hat Geltung auch für die Situation der Gewerkschaften in der Bundesrepublik: Schwächung durch Rezession, technologische Umstrukturierung, geschrumpfte Mitgliederbasis. Doch gibt es gravierende Unterschiede, die auf eine andere Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen in Italien schließen lassen. Zwar haben sich die Hoffnungen, die die neo-marxistische Linke vor fast zehn Jahren hatte, nicht erfüllt: daß Italien in eine neue Phase letztlich revolutionärer Gesellschaftsveränderung eintrete, „vermutlich langsamer, vielleicht aber gründlicher, als dies jemals zuvor in einem entwickelten kapitalistischen Land erprobt wurde“, wie seinerzeit Detlev Albers vermutete. Dennoch kann man von einer „italienischen Lektion“ sprechen, die für eine noch zu konstituierende europäische Linke von großer Bedeutung werden könnte. Die Lektion heißt: Beide Parteien, die kommunistische und die sozialistische, arbeiten zusammen als dem Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung verpflichtete Teile der politischen Linken. Dies gilt auch für die Gewerkschaften, die zwar nach einem vergeblichen Einigungsversuch nach 1945, in kommunistische, christlich-demokratische und sozialistische Richtungen getrennt sind; aber sowohl untereinander wie z. T. jedenfalls auch gegenüber den linken Parteien sind sie zur Zusammenarbeit bereit, wenngleich sie andererseits ihre Position als eigenständige Kraft immer behauptet haben.

Die Kommunisten (mit ungefähr 30 Prozent Wählerstimmen fast so stark wie die Democrazia Cristiana) verstehen sich - nun schon seit Anfang der siebziger Jahre mit Enrico Berlinguer der konzeptionelle Motor des Eurokommunismus - heute als integraler Bestandteil der europäischen Linken. Eurokommunismus heißt heute, so befindet der gegenwärtige Generalsekretär der KPI, Alessandro Natta, „Bekanntnis zur Demokratie, Respektierung und Entfaltung aller Freiheiten und eine neue Konzeption des Sozialismus“. Die Annäherung an die Bad Godesberger programmatischen Positionen der SPD ist im letzten Jahr die Parteitagssparole gewesen. Einer der großen Gewerkschafts-

führer, neuerdings eine führende Kraft der KPI, Luciano Lama, bekennt ganz ungeniert: „Als Deutscher wäre ich in der SPD.“ Ist die Sozialdemokratisierung der KPI unaufhaltsam? Die Sozialisten, die um 10 Prozent der Wähler hinter sich bringen, zweifeln daran (anders als SPD-Führungsmitglieder): Es fehle der KPI die klar abgrenzende Auseinandersetzung mit der KPdSU; es mangle ihr an Eindeutigkeit und Einmütigkeit der Einordnung in die Tradition, wie sie für die europäische sozialistische Bewegung existiere. Selbst wenn die KPI allen diesen Forderungen entsprechen würde, was besagt das für die Frage nach der eventuellen Verabschiedung von der Arbeiterbewegung: eine Arbeiterpartei ist nämlich die KPI schon lange nicht mehr; die Verschiebung der sozialen Herkunft der KPI-Mitglieder zu den Mittelschichten erfolgte inzwischen naturwüchsig (die Industriearbeiter stellen heute höchstens 30 Prozent der Mitglieder, das sind nur wenige Prozentpunkte mehr als bei der SPD).

Nach meinem Eindruck suchen in Italien die Gewerkschaften jedoch stärker als anderswo nach neuen Organisationsmustern mit integrierender Wirkung, nach Möglichkeiten zur Bildung eines organisierenden Konsenszentrums, das die verschiedenen Interessen der Lohnabhängigen bestimmter Berufsgruppen und Kategorien auf der Basis eines Kompromisses zu einem Gesamtpaket von Forderungen schnürt und der Gegenseite offensiv unterbreitet. Neue Organisationsmodelle für die Belegschaften kleiner Unternehmen werden ausprobiert, z. B. die sogenannten Container-Gewerkschaftsbüros auf der Straße zwischen den Betrieben. Es scheint auch, daß anders als die spanischen Sozialisten die Gewerkschaften in Italien bei ihrer zukünftigen Mobilisierungsarbeit an ihre historische Funktion als Integrationsfaktor für Millionen von Arbeitermassen anknüpfen wollen: Wie sie einst diese Massen zu einer gesellschaftlichen Kraft zusammengeschweißt haben, die dann eine feudal-kapitalistische Obrigkeitsherrschaft in eine demokratische Gesellschaft transformierten, so wollen sie jetzt den Prozeß der Annäherung von heterogenen Gruppen und Individuen, deren gemeinsames Merkmal immer noch der Verkauf ihrer Arbeitskraft ist, so gestalten, daß sich nochmals eine soziale Bewegung formiert.

Beispiel: England

Die Hoffnungen, die Italien wecken könnte, verflüchtigen sich, wenn man sich den verglühenden Nordlichtern der Arbeiterbewegung in England und in den USA zuwendet. Was England angeht, so halten Experten die gegenwärtige Krise der Gewerkschaften für die schwerste seit 1830. In ihrer Geschichte hat die englische Arbeiterklasse zwar ein auf dem Kontinent bewundernd beachtetes relativ homogenes Klassenbewußtsein entwickelt, d. h. ein Bewußtsein über die Identität und die Interessenlage der Arbeiterschaft; aber dieses Bewußtsein hat sich nicht als Schubkraft einer sozialen Transformation begriffen. Die Militanz der gewerkschaftlichen Basis auch innerhalb der Labour Party war nie identisch mit der Labour-Linken, die übrigens immer

nur einen schwachen Resonanzboden in der Partei und erst recht in der Gesellschaft fand. Inzwischen hat das Gefüge der sozialen Gemeinschaften, das dieses eigenartig-eigenwillige Arbeiterklassenbewußtsein stützte und gestaltete, fast völlig seine Bedeutung eingebüßt. Die fragmentierenden und isolierenden Arbeitsprozesse der neuen Dienstleistungsberufe ließen das Bedürfnis nach einer solchen kollektiven Rückbindung schwinden.

Der Ursprung der fundamentalen, wenn nicht existentiellen Krise der englischen Gewerkschaften hegt in der frühen kapitalistischen Industrialisierung Englands, im nur zögernd akzeptierten Ende des Empires. Bis in die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts überlebten mit staatlicher Hufe die klassischen, aber veralteten Industrien, obwohl sie international überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig waren; gleichzeitig lief ein dramatisch zugespitzter Prozeß der Kapitalkonzentration und -zentralisation ab, es setzten sich neue effizientere Techniken der Produktionsabläufe und last not least der Arbeitskontrolle durch, und es wuchs die Interventionsmacht des Staates, der selbst einer der größten Arbeitgeber war.

Die Gewerkschaften sind bis zum heutigen Tag zersplittert in 430 Einzelgewerkschaften mit ca. 12 Millionen Mitgliedern bei einem Organisationsgrad von ca. 50 Prozent (der Dachverband TUC=Trade Unions Congress besteht aus 110 Gewerkschaften mit 10 Millionen Mitgliedern). Teilweise sind die Mitgliederzahlen dramatisch zurückgegangen; die größte Gewerkschaft (Transport and General Workers Union) sank von 2,1 auf 1,6 Millionen Mitglieder. Das industrielle Management erwartet bzw. erhofft sich eine „Amerikanisierung“ der Gewerkschaften, d. h. das Ende der Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Unternehmensführung, oder eine „Japanisierung“, d. h. die Ausnutzung einer garantierten Arbeitsplatzbindung für die Minorität der Stammbeschaften für eine unternehmensbezogene Identifizierung der Arbeiter. Daß diese in Japan nur für eine Minderheit von Arbeitern funktioniert und nicht denkbar ist ohne die noch unverbrauchte Feudalisierung der japanischen Gesellschaft, wird dabei unterschlagen. Daß die konservative Regierung seit Jahren zur Demontage der Gewerkschaften beiträgt, ist bekannt: Die Gewerkschaftsgesetze sollen die notorisch unbequeme Arbeiterklasse ruhigstellen. Aber es ist auch ein innergewerkschaftlicher Umstrukturierungsprozeß zu beobachten, der zukünftig, wie in Frankreich, eine geringere Streikbereitschaft erkennen lassen wird: 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind „white-collar“-Leute. So gesehen war der Bergarbeiterstreik 1984/85 bereits ein Anachronismus.

Parallel zu den Gewerkschaften verlief auch der Abstieg der Labour Party von einer Partei, die 1966 noch 48 Prozent der Wählerstimmen errang, zu einer Partei unter der 30-Prozent-Grenze (wie für die SPD in Süddeutschland); 1951 hatte die Labour Party noch 1 Million Mitglieder, 1981 waren es nur noch 300 000 Mitglieder.

Zu den erdrutschartigen Siegen der Konservativen 1979 und noch einmal 1983 haben Teile der Arbeiterschaft, auch der organisierten, beigetragen. Nur

noch 40 Prozent der Gewerkschafter, die überhaupt wählten, gaben der Labour Party ihre Stimme. Das jahrzehntelang von einer konservativen öffentlichen Meinung produzierte Negativbild, Labourpolitik sei identisch mit kostspieligem bürokratischem Staatssozialismus, hatte seine Wirkung getan. Nur der kostenlose Gesundheitsdienst hatte gefallen.

Die seit 10 Jahren sich hinschleppende, 1981 endlich vollzogene Trennung der Sozialdemokraten von der Labour Party war auf der anderen Seite der Ausdruck einer vorerst definitiven Spaltung zwischen der „alten“ und einer „neuen“ Linken. Die alte will den Wohlfahrtsstaat und die Gewerkschaftsmacht erhalten, die neue, deren Basis eine sehr lebendige Mittelstandsintelligentia ist, will - wie in der Bundesrepublik ein Teil der Grünen - Dezentralisation, Umweltschutz, individuelle Selbstverwirklichung genauso wie Partizipation an kollektiven Entscheidungen und überhaupt mehr Lebensqualität.

In dieser Situation legt sich Labour unter Führung Neil Kinnocks gerade ein neues Image zu - auf die neue Mittelstandsintelligentia bezogen; die Reste der alten Arbeiterklasse zählen nicht mehr: „Die Mehrheit können wir nur bekommen, wenn der Mittelstand uns wählt. Wir müssen mit der Zeit gehen, wir dürfen nicht immer wieder die Schlachten der sechziger Jahre neu kämpfen. Wir müssen das Ballon-Mützen-Image ablegen“, befindet der Kommunikations-Direktor der Partei, ein ehemaliger Fernsehproduzent. Der letzte Parteitag, die großangelegte Kampagne für die alt-englischen liberalen Werte Freiheit und Fairneß und das Bekenntnis, daß der demokratische Sozialismus sie bisher unterschätzt habe, zeigen die neue Richtung an.

Derweilen spaltet sich die Gesellschaft wie schon einmal im 19. Jahrhundert in zwei Lager: Einerseits in die neue Armut der 8 bis 9 Millionen Menschen (darunter ein erheblicher Anteil von Jugendlichen), die in den entindustrialisierten zerfallenden Großstädten leben, und andererseits in die zufriedenen, wohlstandsbürgerlich lebenden Besitzer von Arbeit, Einkommen und Vermögen. Es sieht im Augenblick nicht so aus, als verstünde Labour den Weg zu gehen, der die Substanz des demokratischen Sozialismus in eine neue Zeit transformieren könnte: daß sich möglichst viele Starke gegen ihr eigenes Interesse mit den Schwachen solidarisieren.

Beispiel: USA

Werner Sombarts 1906 mit klammheimlicher Furcht gestellte Frage, warum es in den USA noch keinen Sozialismus gäbe, brauchen wir uns nicht zu stellen. Es wird ihn nicht geben, jetzt schon gar nicht. Die Gründe, die Sombart angab, sind z. T. noch heute gültig: *Erstens* der hohe Grad an allgemeiner Akzeptanz der bürgerlichen Gesellschaft infolge des Fehlens des Feudalismus; *zweitens* die Möglichkeit zum Aussteigen aus den Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise durch die individuelle Entscheidung des „freien Mannes“, westwärts zu ziehen (to go west); *drittens* die ethnische Heterogenität, die die Bildung eines homogenen Arbeiter(klassen)bewußtseins nicht zuließ; *vier-*

tens die trotz hoher sozialer und humaner Kosten ungebrochene Verliebtheit auch des amerikanischen Arbeiters in den amerikanischen Traum vom amerikanischen ökonomischen Lebensstil.

Der das Bewußtsein bestimmende Punkt ist wohl der, daß die relative Gleichheit für bestimmte Nationalitäten eine bessere Wahl bedeutet gegenüber der anhaltenden gesamtgesellschaftlichen Ungleichheit. Der Job war/ist die eine Sache, die private Aufgehobenheit im Ghetto der ethnischen Gruppe die andere, meist bessere. So gibt es eben kein auch nur relativ homogenes kollektives Bewußtsein, das für eine politische Organisierung aufgeschlossen wäre; vielmehr nur eine Vielzahl von unterschiedlichen Subkulturen. Es gibt aber auch eine sich durchhaltende soziale Ungleichheit in der Arbeiterklasse (die immer nur eine an sich war): Die qualifizierten Facharbeiter erhielten in den USA immer höhere Löhne als die europäischen; in den USA gab es immer eine größere Armut als in Europa, wo solche Formen wie die in den USA immer die Ausnahme blieben. Föderalismus, fehlender Staatsinterventionismus und die aus dem segmentierten Bewußtsein sich ergebende Unternehmensorientierung trugen das ihre dazu bei, daß es keine durchsetzungsfähige sozialistische Bewegung gab.

Heute haben die Gewerkschaften in den USA wieder den niedrigsten Organisationsgrad ihrer Geschichte erreicht: 18 Prozent (den höchsten in den fünfziger Jahren mit etwas über 30 Prozent). Dies hat seine Ursache in der Verkümmern der großen Industriezentren des östlichen Nordens zum „Rostgürtel“ und in dem Aufstieg des Südens zum „Sonnengürtel“, wo die nachindustriellen Neuentwicklungen produziert werden und neue Dienstleistungssektoren ihre dynamische Expansion starteten (bei McDonalds sind heute mehr Menschen beschäftigt als in der gesamten US-amerikanischen Stahlindustrie).

Unter Reagan ist der Einfluß der Gewerkschaften auf den Null-Punkt gesunken; im Sonnengürtel schaffen es nichtgewerkschaftlich organisierte Firmen, sich auf dem Markt zu etablieren; gut situierten Firmen gelingt es, sich gewerkschaftsfreie Tochtergesellschaften zuzulegen. Ohne Gewerkschaften - und dies grenzt an Japanisierung - kann das Management effektiver mit den Arbeitern umgehen.

Nachteilig wirkt sich jetzt aus, daß die Gewerkschaften nicht in das politische System eingebunden sind, und es nur viele kleine autonome Machtzentren ohne Gemeinwohlorientierung gibt. Traditionelle Zuordnungen zur Demokratischen Partei und dieser zu den Gewerkschaften beginnen brüchig zu werden. Die Demokraten, bisher im sogenannten Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale, haben gerade eben den Schwenk zur Internationalen Vereinigung der Liberalen gemacht. Noch hat es keinen Einbruch in die Dienstleistungs-Gewerkschaften gegeben, aber auch keine Zuwächse, und vor allem: Es gibt keinen Zuspruch von den neuen reprofessionalisierten Arbeitern, die keine Blaukittel mehr tragen, aber auch nicht ständig den weißen Kragen.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte plädieren die amerikanischen Gewerkschaften nun für einen reformorientierten sozialstaatlichen Interventionismus und für Mitbestimmungsmodelle. Noch gibt es keinen Durchbruch, nur ein Signal: Der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft Douglas Frazer hat einen Sitz im Aufsichtsrat von Chrysler erhalten.

In großen Teilen der amerikanischen Gewerkschaften besteht gegenüber solchem gesamtgesellschaftlich orientierten Reformismus die Sorge, daß er die rücksichtslose interessengeleitete Tarifauseinandersetzung als klassisches Instrument der Gewerkschaften aushöhlen könnte. Sollten aber die amerikanischen Gewerkschaften wirklich von ihrer bisherigen Geschichte Abschied nehmen, dann käme das einer Art „Germanisierung“ gleich.

Erste Schlußfolgerungen

Das geht zu weit, nicht nur terminologisch, denn die Bundesrepublik ist weder Weltkind in der Mitten, noch gibt es Gründe für die Kreation eines „Modell Deutschland“. Wir haben es eher mit einem von Ambivalenzen geprägten Schwebezustand zu tun: Es ist keine „Amerikanisierung“ der Gewerkschaften zu befürchten, d. h. eine Ausschaltung der Gewerkschaften aus dem politischen System und ihre Beschränkung auf möglichst unternehmensbezogene Tarif auseinandersetzungen. Einer solchen Wendung ständen das Sozialstaatspostulat der Verfassung, die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch die Gewerkschaften und die Aktionsbündnisse mit den politischen Parteien entgegen. Es ist auch keine „Japanisierung“ abzusehen, d. h. die Aufspaltung der Gewerkschaften in Betriebsorganisationen mit unternehmensfreundlicher Tendenz und feudalistischer Spaltung der Arbeiterschaft. Man braucht auch keine Sorge vor der „Englischen Krankheit“ zu haben, d. h. vor der Zerrissenheit der Gewerkschaften, dem Mangel an gesellschaftlich relevanter Gegenmachtbildung und vor der Demontage des Sozialstaates. Dem steht nämlich entgegen die Gewerkschaftseinheit und eine doppeltverwurzelte Sozialstaats-tradition, eine sozialdemokratische und eine christlich-konservative (herzuleiten nicht erst aus Bismarcks Sozialgesetzgebung).

Jedoch haben die Gewerkschaften in der Bundesrepublik enorme Prestige- und Legitimationsverluste einstecken müssen (und nicht erst seit dem 1. Oktober 1986); sie kennzeichnet ein für eine erfahrungsreiche Bewegung erstaunlicher Mangel an Flexibilität im Organisationsbereich; sie sind weit entfernt von der beanspruchten Aufgabe, Gegenmacht mit gesellschaftsverändernden Perspektiven zu sein; am besten können sie sich noch selbst darstellen als Versicherungsverein für Privilegierte. Vor allem fehlen ihnen mit den italienischen Gewerkschaften vergleichbare Anstöße zu einer organisatorischen und inhaltlichen Neuorientierung als Antwort auf den Strukturwandel des modernen Kapitalismus. Wie die SPD haben auch die Gewerkschaften kein Konzept für die effiziente Kontrolle multinational verstärkter ökonomischer Macht.

Beispiel Schweden

Wer so argumentiert, blickt neuerdings meist nach Skandinavien. Mit Recht ist festgestellt worden, daß die Arbeiterbewegung in den nordischen Ländern einen Sonderweg gegangen ist; dieser war und ist bis zu einem gewissen Grade immer noch gekennzeichnet durch die Kooperation mit den anderen gesellschaftlichen Kräften und durch das Postulat der Selbstregulierung sozialer Konflikte. Die Gewerkschaften in Schweden, wo es nur 3,1 Prozent Arbeitslose gibt, *scheinen* aber mit einem steigenden Organisationsgrad von jetzt 85 Prozent nur so stark: Sie zahlen nämlich, vom Staat beauftragt, das Arbeitslosengeld aus. Seit den dreißiger Jahren haben die Gewerkschaften ihre Kooperationsstrategie gegenüber den gut organisierten Unternehmern, die noch das volle Aussperrungsrecht besitzen, in der Lohnpolitik jedenfalls erfolgreich angewendet; sie haben dabei anders als in Deutschland und in Frankreich einen Interessenausgleich zwischen allen Arbeitergruppen aller Branchen und Sektoren zustande gebracht, der fast eine Homogenisierung der Arbeiterschaft Schwedens zur Folge hatte. Aber die geringe Konflikthäufigkeit hat dazu geführt, daß das aktive Potential der Gewerkschaften bei nur etwa 17 Prozent ihrer Mitglieder hegt.

Seit Ende der siebziger Jahre gibt es nun aber auch im Volksheim Schweden häufig Krach: *Erstens* haben die Gewerkschaften, angeführt von den durch den Strukturwandel besonders bedrohten Metallarbeitern, ihren Kurs geändert; Streiks, eine Politik der Mitbestimmung und der Humanisierung des Arbeitslebens sowie die Forderung nach Beschäftigungsgarantien bestimmen jetzt ihre Strategie; *zweitens* wollen die Unternehmer ebenfalls weg vom traditionellen Kooperationsmodell und streben japanische Verhältnisse an; *drittens* gibt es zunehmend Differenzen zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Regierung über die von den Gewerkschaften zur Absicherung der Arbeitslosigkeit gewünschte Erhöhung des Beschäftigungsgrades im öffentlichen Dienst und wegen der Absicht der Regierung, gewissermaßen sozialdiktatorisch die Höhe des Lohnzuwachses vorzugeben; dadurch würde die Autonomie der Tarifaueinandersetzungen schnell aufgebraucht. Auch die Arbeitnehmerfonds, die Schweden 1983 als erstes europäisches Land gesetzlich gesichert geschaffen hat, sind eigentlich nicht ein Durchbruch geworden, da die Unternehmer die ursprüngliche Absicht, durch Gewinnabschöpfung Unternehmermacht zu kontrollieren, durchkreuzt haben. Praktisch läuft es nun darauf hinaus, daß ein Teil der Arbeiter auf Lohnsteigerung verzichtet, die Fonds Aktien kaufen und die Arbeiter zu Kapitalisten machen - das Modell zeigt jedenfalls keine Krallen.

Weitere Schlußfolgerungen

Nach diesem Ausflug nach Skandinavien noch einmal zurück zu den deutschen Verhältnissen und ein paar Bemerkungen zur SPD. Sie ist inzwischen fast noch nicht einmal mehr eine „interklassistische Volkspartei“ (wie die französische Sozialistische Partei), geschweige denn eine Arbeiterpartei, was

heißen soll: eine Partei der Arbeiterbewegung (inzwischen stehen - nimmt man nur die erwerbstätigen Mitglieder der SPD - 42 Prozent Arbeitern 52 Prozent Angestellten und Beamten gegenüber; der Arbeiteranteil an der Gesamtmitgliedschaft beträgt 28 Prozent). Die SPD hat sich selbst ihr Bild von morgen entworfen, als sie die spanische Sozialistische Partei massiv darin unterstützt hat, den Weg über eine Godesbergianisierung hinaus in die Richtung eines Mitte-Links-Bündnisses zu betreten. Auch die SPD wird zukünftig danach streben müssen, sich als ein soziale Bündnisse organisierendes Zentrum zu bewähren. Die Partei kann nicht mehr alles sein, alles darstellen, alles integrieren, alles selbst organisieren; aber sie kann zu zeitlich und inhaltlich begrenzten sozialen und politischen Bündnissen Anstoß geben, diese politisch gestalten und umsetzen.

III.

Die hier vorgetragenen Befunde veranlassen manche Autoren zu der Auffassung, daß die nachindustriellen Gesellschaften notwendig auch nach-sozialistische Emanzipationsbewegungen hervorbringen werden. Sie verweisen auf die produktionstechnischen Umbrüche, die Schnellebigkeit von Produktionsformen und Produkten, die steigende Bedeutung von Klein- und Mittelbetrieben und vieles mehr, um daraus zu schließen:

- Es bestehe keine Konvergenz dieser Entwicklung mit den Funktionsweisen und den Instrumenten der Organisationen der alten Arbeiterbewegung.
- Es müsse nach neuen Trägern der zukünftigen Emanzipationsprozesse Ausschau gehalten werden - man vermutet, daß dies die „Nicht-Klasse“ der „Nicht-Arbeitenden“ sein könne. Andre Gorz hat das zum „Abschied vom Proletariat“ (des Kommunistischen Manifestes) veranlaßt und zum Nachdenken über neue „Wege ins Paradies“.

Gegen diese intellektuellen Hochflüge gibt es Einwände genug:

- Die Annahme eines raschen abschließenden Übergangs in die nachindustrielle Phase des Kapitalismus ist verfrüht. Es gibt (nach Kern/Schumann) gerade in den industriellen Kernbereichen Re-Profilierungstendenzen mit Folgen auch für die in diesen Kernbereichen beschäftigten Arbeiter: Man spricht hier von einer „Re-Professionalisierung“; diese Tendenzen insgesamt möchten Kern/Schumann unter den Begriff des Neo-Industrialismus fassen.
- Arbeit bleibt unter diesen Bedingungen konstitutiv für künftige soziale Bewegungen: Die Krise der Arbeit drückt mehr als je - so der Generalsekretär der größten, der kommunistischen Gewerkschaft in Italien, Bruno Trentin, - „auch in ihren paradoxesten Ausdrucksformen die Suche nach einer neuen Art zu arbeiten (aus), nach einer neuen Auffassung von der Arbeit, in der die Verwirklichung des Individuums, seine Freiheit und Kreativität ein zunehmend größeres Gewicht erlangen als das Problem der größtmöglichen Entlohnung“².

² Bruno Trentin, Die andere Gewerkschaft, S 183.

- Es entstehen neue Arbeiterschichten bzw. es gibt sie bereits in einigen europäischen Ländern, die weder Menschen im „Blaumann“ noch Leute mit dem „weißen Kragen“ sein werden, sondern dem Leitbild des neuen, des „polivalenten Arbeiters“ entsprechen, der von beidem etwas besitzt, d. h. eine „Kombination aus Ausführung und Wissen“, aus manueller und intellektueller Tätigkeit, ist³.
- Es käme nun darauf an, herauszufinden, was diese neuen Arbeiter entgegen dem Trend des Zeitgeistes zur Individualisierung und Entsolidarisierung motivieren könnte, sich als Starke mit den Schwachen, unter Umständen gegen ihre eigenen Interessen, zu solidarisieren.

Ist das eine Fiktion, der Traum von jemandem, der den langen Abschied von der alten Arbeiterbewegung nicht schafft? Aber anders als eben beschrieben war ja die Ursprungssituation der alten Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert auch nicht. Anthropologische Schranken für die Absicht der Starken, sich mit den Schwachen zu solidarisieren, gibt es also nicht, höchstens solche bewußtseinsmäßiger Natur. Und die könnten nicht davon abhalten, den Versuch zu machen, mit den Ideen der alten Arbeiterbewegung eine neue Arbeiterbewegung zu schaffen.

³ Rolf Uessler, Weder Blaumann noch weißer Kragen, a. a. O., S. 222.